

KGW's Rundschreiben

23.01.2014
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Zu Beginn des Jahres 2014 haben wir weltweit unterschiedliche Probleme (die wir hier nicht nach Prioritäten aufführen): China prangert öffentlich die Korruption an. Tausende rechtlose Wanderarbeiter warten auf veränderte politische Strukturen, damit ihre sozialen Probleme gelöst werden. Russland scheint sich nicht von der „holländischen Krankheit“ zu erholen, was bedeutet: Probleme bei Exporten (besonders bei Rohstoffen) und künstlich belebter Inlandskonsum. Die Politik steuert die privaten Sphären (sei es Familien oder Unternehmen), statt das schwache Bankensystem zu stärken, damit mehr investiert wird. Japan versucht krampfhaft, seine 15-jährige Deflation abzuschaffen und wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die 4 BRIC-Staaten haben tiefgreifende politische Konflikte und bekommen die Korruption, die in diesen Ländern an der Tagesordnung ist, nicht in den Griff. Die Probleme zwischen arm und reich sind immens und die nicht berechenbaren Regierungen finden keine Lösungen dafür. Amerika lebt mit Budget-Konflikten und dem Zerfall der Gesellschaft in unterschiedliche Klassen. Das, was familiär verbindet, wie Ehrlichkeit und Fleiß, verblasst unter negativen gesellschaftlichen Folgen. In Europa leben wir mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, welche zu einer ökonomischen Spaltung geführt hat. Das Problem ist eindeutig die Divergenz (das Auseinandertriften) der reichen und armen Euroländer. Während man in Deutschland 2014 mit Rekordbeschäftigung rechnet und das Wachstum der Wirtschaft mit ca. 1,9% prognostiziert, ist der Kapitalmarkt tief gespalten. Als Beispiel sei hier die Kreditvergabe genannt: Rückgang in Deutschland ca. 1,4%, in Italien ca. 5,9% und in Spanien ca. 19%. In Griechenland (was von den europäischen Politikern auf Grund seiner Reformbemühungen hoch gelobt wird) scheitert die Privatisierung von Staatseigentum an Rechtsunsicherheiten und Bürokratie. Für 2013 waren Privatisierungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro geplant. Erreicht wurden 1,1 Milliarden Euro. Bis 2020 will man mehr als 22 Milliarden Euro erreicht haben. Man wird auch in diesem Jahr weitere Milliarden von reichen europäischen Ländern fordern. Mitten in diese Krise hat Griechenland zu Beginn des Jahres 2014 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen (zu einer erfolgreichen Arbeit kann man nur die Daumen drücken).

Diese kurze Skizzierung zeigt, dass in allen Ländern die politischen Baustellen unterschiedlich groß sind. Vielfach stehen die Regierungen ohne Lösungsansätze machtlos da. Glaubhafte Politiker, denen man vertrauen kann, sind gefragt, damit die Bürger einen sozialverträglichen Kurs zwischen Staat und Politik erhalten.

In Deutschland versucht die schwarz-rote Koalition, das Land zu regieren. Auf 185 Seiten Vertragswerk „Deutschlands Zukunft gestalten“ wird viel von teuren Wohltaten geschrieben, die künftige Generationen belasten werden. Die Rente mit 63, sowie Mütterrenten und die Elternteilzeit, werden zunächst die Überschüsse der Rentenversicherung verzehren, um dann Löcher in die Geldsäcke der Beitragszahler zu reißen. Von der gesetzlichen Rente wird schlussendlich nicht das übrig bleiben, was man sich irgendwann mal davon erhofft hat. Auf Grund der ruinösen Niedrigzinspolitik muss einem um die private Altersversorgung Angst und Bange werden. Wir können sicher sein, dass in diesem Jahr Steuern und Versicherungsbeiträge angehoben werden. Auch die Energiewende wird viel Geld kosten. Es fragt sich nur, welche Generation das bezahlen wird. Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt die Steigerung der staatlichen Abgaben für Privatkunden bis 2080 auf 13% und für die Industrie im gleichen Zeitraum auf 20%. Was im Koalitionsvertrag fehlt, sind Vorgaben zu Investitionen und Reformen. Kürzlich schrieb sogar die New York Times: „Deutschlands Infrastruktur altert in einer Weise, die das wirtschaftliche Wachstum unterminiert“. Es müssten hierzulande Weichen gestellt werden, damit unser Vorsprung im internationalen Wettbewerb erhalten bleibt. Wenn uns kurzfristig die Lohnkosten aus dem Ruder laufen (während die Lohnstückkosten der Krisenländer sinken) und der Mindestlohn von 8,50 €/Stunde Arbeitsplätze kostet, werden wir in 4-5 Jahren auf Teuerungsraten von 3-4% zusteuern. Das könnte bereits ein Keim für die nächste Krise sein.

Für das Jahr 2014 sollte auch das gelten, was der deutsche Lyriker Hoffman von Fallersleben (1798-1874) sagte: „Lasst uns mit frischem Mut in das neue Jahr gehen. Alt soll unsere Liebe und Treue, neu soll unsere Hoffnung sein.“ Nicht nur für uns Deutsche ist Gesundheit die größte Hoffnung. Wir wünschen allen einen großen Sack davon.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Es mag sein, dass die Euro-Krise schuld daran war - jedenfalls ging der Bedarf an Rostfrei-Produkten 2013 (in Relation zu 2012) um über 10% zurück. Welche verarbeitende Branche oder gar der Export schuld an diese Misere war, sei dahingestellt. Jedenfalls sind die Anbieter von rost- und säurebeständigen Edelstählen mit dem Jahr 2013 alles andere als zufrieden.

Zum Beginn eines neuen Jahres wachsen immer die Hoffnungen auf bessere Zeiten, so auch bei den Edelstahl-Anbietern. Wenn man aber die Prognosen für 2014 (Gesamtwirtschaftswachstum ca. 1,9%) sieht, macht man in der Branche keinen Luftsprung vor Freude. Die Wachstumsraten sind zurückgegangen und die Überkapazitäten am Markt sind nicht zu übersehen. Da auch das Zugpferd China etwas schwächelt, muss man davon ausgehen, dass die Durststrecke anhalten wird. Dabei muss man schon mit der Brechstange arbeiten, um die Grundpreise (wie es zum 01.01.2014 passiert ist) auch nur geringfügig nach oben zu bekommen. Preiserhöhungen sind aber grundsätzlich notwendig, da die Produzenten seit vielen Monaten ausschließlich Verluste fahren. Und davon kann man als Unternehmen nicht überleben. Glauben wir also an bessere Zeiten, die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Wie der Spielfilm mit dem Verkauf der Rostfrei-Sparte des Hauses TKN abgelaufen ist, wurde in den Medien hinreichend beschrieben. Einige Eckpunkte sollten aber doch noch einmal angesprochen werden. Z.B., dass das hochdefizitäre Walzwerk in Alabama (USA) zwischenzeitlich zu einem Spottpreis von 1,1 Milliarden Euro verkauft wurde. Nach wie vor konnte man die Stahlschmelze in Brasilien nicht veräußern und sucht händeringend nach einem Käufer. Wenn man das Werk in der Sumpflandschaft vor der Toren Rio de Janeiro nicht verkaufen kann, wird die Geldverbrennungsmaschine von Krupp weiter befeuert.

Der Verkauf an Outokumpu mit einem Preis von 3,2 Milliarden Euro lief auch nicht rund, denn von dieser Summe floss nur 1/3 in bar. 29,9% des Kaufpreises erhielt der Essener DAX-Konzern in Form einer Beteiligung an dem finnischen Edelstahlhersteller. Dass weitere hohe Abschreibungen erforderlich sind, sollte auf der Hand liegen. Die restliche Kaufsumme von über 1,25 Milliarden Euro gewährte ThyssenKrupp der Outokumpu als Verkäuferkredit. Gesehen hat man Essen davon bisher noch keinen Euro. Warten wir ab was passiert, wenn im Dezember diesen Jahres Zins- und Tilgungszahlungen fällig werden.

Ob es nun die Auflagen der EU waren, oder was auch sonst: ThyssenKrupp musste das italienische INOXUM-Edelstahlwerk sowie VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke AG) zurückkaufen. Die offizielle Version war die, dass damit Outokumpu entschuldet wurde. Das waren insbesondere für die Aktionäre Hiobsbotschaften. In dieser misslichen Situation bleibt Herrn Hiesinger wohl kein anderer Lösungsansatz als eine Kapitalerhöhung. Halten wir schlussendlich fest, dass ThyssenKrupp nach wie vor aus Terni (Italien), dem Service-Center in Willich, aus Spanien (Barcelona), der Türkei (Gebze) und Frankreich (Tours) rost- und säurebeständige Edelstähle in den deutschen Markt liefern wird. Von Kapazitätsabbau ist also wenig zu sehen.

Die Rohstoffmärkte

Da schon im Dezember eine leichte Erhöhung der **Chromstahl**-Preise bekannt war, wird es zum ersten Quartal eine minimale Anhebung der Legierungszuschläge geben.

Die weiter anhaltend schwache Marktverfassung spiegelt sich eindeutig im **Nickel**-Preis wider. Es werden nur die dringend benötigten Bedarfsmengen geordert, denn man will die eigenen Bestände niedrig halten. Auch wenn jüngste Nachrichten aus Indonesien den Nickel-Preis ansteigen ließen, stehen auf Sicht aktuelle Überkapazitäten und Nickelminen, die bisher noch gar nicht fördern (weil sie wahrscheinlich sofort Verluste machen würden) dagegen. Die exakte Zahl des Überangebotes an Nickel im Jahr 2013 ist noch nicht bekannt, aber die INSG (Internationale Nickel-Studien-Gruppe) geht von über 72.000 to aus. Es gibt keine offiziellen Meldungen, ob die Nickelproduzenten angesichts dieser Situation ihre Kapazitäten vom Markt nehmen. Die Lagerbestände an der LME sind aktuell auf Rekordniveau!

Der **Molybdän**-Preis tritt auf der Stelle und bewegt sich seit geraumer Zeit kaum. Da sich der Markt nicht erholt, wird sich der Preis für Molybdän auch nicht erholen und ansteigen.

Edelstahlschrott

Die nachstehend aufgeführten Höchst- und Tiefstpreise 2013 sagen für 2014 aus, dass es keine wesentliche Erhöhung geben wird.

W-Nr.	höchst 2013 €/to	tiefst 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Sep. 390	Dez. 340	370											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Jan. 1.320	Dez. 950	1.050											
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Jan. 1.850	Dez. 1.300	1.450											

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team